



Inhaltsverzeichnis

22.01.2026	ZEIT online: Suche nach Endlager: Umweltamt bezweifelt Eignung vieler Atommüll-Standorte	3
22.01.2026	n-tv online: Nordrhein-Westfalen: Gericht: Atomkraftgegner dürfen über A2-Brücken ziehen	3
23.01.2026	Mündener Allgemeine: Landesamt sieht Niedersachsen in der Auswahl bei Endlagersuche	5
23.01.2026	cz.de (Cellesche Zeitung): Angst vor dem Endlager: Warum Gemeinden in Niedersachsen in Sorge sind – und wie sie sich wehren	6
22.01.2026	energate Messenger: Umweltministerium: Minireaktoren keine Option	8

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

Suche nach Endlager: Umweltamt bezweifelt Eignung vieler Atommüll-Standorte

22. Januar 2026 15:09 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bei der aufwendigen Suche nach einer **Endlagerstätte** für deutschen **Atommüll** gelten bislang auch 5,5 Prozent der Landesfläche Sachsens als möglicherweise geeignet. Der Geologische Dienst im Landesumweltamt hat sich diese Flächen nun genauer angesehen - und kommt zu einer anderen Einschätzung. Viele dieser Regionen wiesen als Standort für ein **Endlager** potenziell eine "geringe Eignung" auf, teilte das Amt mit. Die geologischen Voraussetzungen seien nicht gegeben.

"Insbesondere die metamorphen Gesteine im Erzgebirge weisen aufgrund ihrer komplexen geologischen Entstehungsgeschichte einen inhomogenen Aufbau auf", hieß es. Auch einige Granitvorkommen in Sachsen seien nur wenig geeignet, um **Atommüll** sicher zu verwahren.

Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (**BGE**) hatte im November ihre Einschätzung veröffentlicht, dass kleinere Teile der Kreise Bautzen, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und des Erzgebirges zu den besonders geeigneten Gebieten gehörten. Darauf hat das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie jetzt mit der Fachstellungnahme reagiert.

Für weitere 2,8 Prozent der sächsischen Fläche stehe die **BGE**-Prüfung noch aus. Bundesweit kommen rund 25 Prozent der deutschen Landesfläche für ein mögliches **Endlager** infrage.

Mitte 2026 will die **BGE** einen weiteren Zwischenstand präsentieren, Ende 2027 will sie Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Die Entscheidung über die infrage kommenden Regionen trifft schließlich der Bundestag. Als Zieldatum für die Entscheidung über ein **Endlager** ist derzeit 2050 angepeilt.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 n-tv online

Nordrhein-Westfalen: Gericht: Atomkraftgegner dürfen über A2-Brücken ziehen

22. Januar 2026 17:14 | Medienart: Online | Visits/Monat: 240.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Atomkraftgegner dürfen ihren Protestzug wie geplant über zwei Brücken bei Bottrop führen. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hob eine Einschränkung der Polizei auf.

Gelsenkirchen (dpa/Inw) - Ein für Samstag geplanter Demonstrationzug von Atomkraftgegnern darf über zwei Brücken über die Autobahn 2 bei Bottrop führen. Eine von der Polizei Recklinghausen als Versammlungsbehörde verfügte Änderung der Streckenführung ist rechtswidrig, wie das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen am Donnerstag entschieden und mitgeteilt hat. Der Anmelder der Versammlung hatte sich per Eilverfahren an das Gericht gewandt.

Die Polizei hatte argumentiert, dass beim Überqueren der Brücke mit 100 gemeldeten Teilnehmern Gefahr für die Verkehrsteilnehmer darunter zum Beispiel durch die Ablenkung oder durch herabfallende Gegenstände bestehe. Die 14. Kammer des Gerichts wies dies zurück. Für einen solchen Verdacht fehle es an einer tragfähigen Tatsachengrundlage, teilte das Gericht zur Begründung mit.

Das Gericht wurde sogar noch deutlicher: Bei lebensnaher Betrachtung sei keine erhöhte konkrete Gefahr für auf der Autobahn fahrende Verkehrsteilnehmer zu schließen. Das Gericht verwies auf das allgemeine einhergehende Unfallrisiko durch Ablenkung bei Brücken wie am Frankfurter Flughafen, wo Flugzeuge über sogenannte Rollbrücken über Bundesautobahn 3 zum Start fahren.

Bei der Demonstration am Samstag wollen Atomkraftgegner gegen die in Nordrhein-Westfalen geplanten Castor-Transporte aus dem rheinischen Jülich ins münsterländische Ahaus demonstrieren. Bei dem geplanten Demonstrationzug wollen sie dabei zweimal Brücken über die Autobahn 2 bei Bottrop queren. Bei der Planung kann es jetzt voraussichtlich bleiben.

Der Beschluss ist noch nicht rechtskräftig. Die Polizei kann Beschwerde beim Obergericht für das Land Nordrhein-Westfalen einlegen.

Landesamt sieht Niedersachsen in der Auswahl bei Endlagersuche

Bei der Suche nach einem Endlager für den deutschen Atommüll bleibt Niedersachsen nach Einschätzung des Landesbergbauamtes potenziell geeignet. „Nach den bisherigen Erkenntnissen kann man davon ausgehen, dass bei den Standortregionen, die 2027 von der Bundesgesellschaft für Endlagerung verkündet werden, Niedersachsen dabei sein wird“, sagte der Prä-

sident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Carsten Mühlenmeier, der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Mit Blick auf die geologischen Verhältnisse hält er das Land für geeignet. „Wir haben Salz und Ton in einer Mächtigkeit, die schon relativ gut ist.“ Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Pei-

ne grenzt die infrage kommende Fläche für die rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atommüll zurzeit ein und sah im November noch 25 Prozent des Landes im Rennen. Mitte 2027 will sie einen weiteren Zwischenstand präsentieren.DPAFOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

Wörter:	129	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	21	Auflage ¹ :	3.456 (gedruckt)
Ressort:	Aus den Ländern		3.242 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		3.279 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite ² :	0,01137 (in Mio)
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Mündener Allgemeine

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen



Standortsuche kann noch Jahrzehnte dauern

Angst vor dem Endlager: Warum Gemeinden in Niedersachsen in Sorge sind – und wie sie sich wehren

Auetal/Lathen

In Niedersachsen wächst die Sorge vor einem möglichen Atommüllendlager. Während die zuständige Bundesgesellschaft deutschlandweit weiter nach Standorten sucht, formieren sich in einigen niedersächsischen Gemeinden bereits Proteste.

Man tut der Gemeinde Auetal im Landkreis Schaumburg wohl nicht unrecht, wenn man sagt: Sie ist so beschaulich, wie es ihr Name vermuten lässt. Viel Natur, sanfte Hügel, kleine Ortschaften – und abseits der A2. Viel, viel Ruhe. Doch mit der Ruhe war es am 4. November schlagartig vorbei. Als Jörn Lohmann am Frühstückstisch in die Zeitung schaute, verschluckte sich der Bürgermeister der Samtgemeinde fast an seinem heißen Kaffee. Dann machte er sich sofort auf den Weg ins Rathaus. Für ihn war das, was er gelesen hatte, eine Schocknachricht: Das Auetal kommt mutmaßlich als Standort für ein Atommüllendlager infrage.

Eine Nachricht, mit der die Gemeinde Auetal nicht allein ist. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die den Auftrag hat, bundesweit einen geeigneten Standort für ein Atommüllendlager zu finden, hat in ihrer bereits seit Jahren laufenden Suche die Zahl der möglichen Standorte weiter eingeeengt – auch in Niedersachsen. Dabei hat sie erstmals auch Regionen benannt, die sie genauer auf eine Eignung prüfen will, eine Art erste engere Auswahl der Standorte.

Das unguete Gefühl wächst

Und damit macht sich in eben diesen Regionen ein unguetes Gefühl breit, und die Sorge wächst. Die bange Frage: Könnte das Endlager, das Deutschland braucht, um den in Jahrzehnten ange-

sammelten Atommüll im Boden zu vergraben, ausgerechnet zu uns kommen? Hunderte Orte befinden sich in den Regionen in Niedersachsen, die als potenziell geeignet eingestuft worden sind – und es könnten weitere hinzukommen, denn die Erkundungen laufen weiter. Die BGE ist immer noch dabei, für große Teile Niedersachsens die verfügbaren, aber nicht digitalisierten Bodendaten auszuwerten.

Derzeit haben Fachleute die grundsätzlich geeigneten Regionen bereits auf nur noch 25 Prozent der Bundesfläche eingegrenzt. Ende 2027 will die BGE konkrete Standortregionen zur weiteren Erkundung vorschlagen.

„Wenn man das in der Zeitung liest, dann ist man erst mal überrascht“, sagt Bürgermeister Lohmann (CDU). „Doch nach ein bisschen Recherche wurde schnell klar: Wir sollten jetzt nicht in Panik verfallen.“ Denn die Erkundungen sind noch lange nicht abgeschlossen; spätestens im Jahr 2050 soll eine Entscheidung für einen Standort fallen. Und dann kann es noch weitere Jahrzehnte dauern, bis das Endlager betriebsbereit ist.

Und Lohmann ist zuversichtlich, dass von Auetal als Standort dann nicht mehr die Rede sein wird. „Hier ist es unwahrscheinlich“, meint er. Denn die Gemeinde war im 19. Jahrhundert ein Bergbaustandort – und das hinterließ

Spuren im Boden: Lange Stollen durchziehen die Hügel des Weserberglands. Diese seien nicht sicher genug für ein Endlager, so der Bürgermeister von Auetal.

Protest auf dem Rathausplatz

In anderen Regionen Niedersachsens sind die Menschen nicht so zuversichtlich. In der Samtgemeinde Lathen im Emsland etwa haben die Einwohner längst wieder Protestschilder aufgestellt. „Nein! Zum Endlager“ ist auf dem Rathausplatz der Gemeinde zu lesen. Denn die Sorge, dass es die Region hier tatsächlich treffen könnte, ist groß. Die Bürger und Bürgerinnen kennen das schon: „Wir waren in den 70er-Jahren bereits in der engeren Auswahl“, erinnert sich Lathens Samtgemeindebürgermeister Helmut Wilkens (CDU).

Damals fiel die Entscheidung erst im letzten Moment gegen Lathen und für einen Ort, der danach zum Symbol des Anti-Atom-Protests wurde: Gorleben. Doch das ist Geschichte, Gorleben steht nicht mehr zur Debatte.

Die alten Protestschilder sind in Lathen schon lange im Altpapier gelandet. Und auch die gewaltige Zahl an Demonstrierenden – wie damals – habe man noch nicht wieder mobilisieren können, erzählt der Bürgermeister. Doch das werde sich schnell ändern, wenn die nächste Entscheidung bei der Standortsuche näher rücke, meint Wilkens. Schließlich

sind die Ängste der Menschen vor einem Endlager im Emsland nicht unbegründet.

Denn die Region hat eines zu bieten: einen Salzstock in Lathen und in der Nachbarortschaft Wahn. Und laut BGE kommen Salz-, Ton- und Granitformationen als sogenanntes Wirtsgestein für ein Endlager grundsätzlich infrage. Dieses Gestein gilt als besonders dicht, es muss auch Grundwasser fernhalten können.

Verschlechtert das Endlager die Wirtschaftslage?

Ob der sprichwörtliche Kelch nun erneut an der Gemeinde vorüberzieht? Das hofft Wilkens ebenso wie dessen Amts- und Parteikollege Norbert Holtermann, Bürgermeister der Stadt Lathen. Bisher wurden die zwei Salzstöcke in der Region von der BGE jedenfalls noch nicht ausreichend überprüft. Die bereits wieder angelaufenen Proteste sollen trotzdem schon jetzt den Unmut der Bürger und Bürgerinnen über die bloße Option deutlich machen.

Denn die beiden Bürgermeister sind sich einig: „Ein Endlager würde uns massiv beeinträchtigen“, wie Wilkens betont. „Die Leute werden hier keine Häuser mehr bauen, sondern wegziehen. Dann gehen die Fachkräfte zurück – dann geht die Industrie zurück.“

Ob es tatsächlich so weit kommt, ist heute noch ungewiss. Doch die Emsländer äußern ihre Angst vor dem Endlager auch abseits von Protestaktionen. Wie Jacob van den Broek und sein

Sohn Daniel, die an diesem Tag trotz des Regens auf dem Lathener Marktplatz unterwegs sind. „Selbstverständlich sind wir besorgt“, sagt van den Broek. „Das gehört hier nicht hin, es ist echt erschreckend.“ Wie zur Bestätigung schaut er zu seinem Sohn herüber. Der ergänzt: „Was da alles in die Umwelt versickern könnte.“ Auch Samuel Langlitz läuft mittags durch das Zentrum von Lathen. Er sagt: „Ich habe kleine Kinder, und man weiß, dass da eine Gefahr besteht.“

„Irgendwo muss der Müll hin“

Eine andere Meinung vertritt Nina Piechot. Die Emsländerin wohnt in Haren, rund 15 Kilometer von dem möglichen Endlagerstandort entfernt. „Natürlich will man das nicht haben“, sagt sie und fügt dennoch hinzu: „Aber irgendwo muss der Müll hin, und ich habe Vertrauen in die Politik und Experten.“

So sind in all den Jahrzehnten laut BGE rund 10.500 Tonnen hochradioaktiver Atommüll angefallen – verpackt in etwa 1900 Castor-Behältern. Diese lagern zurzeit oberirdisch in Hallen. Und mit diesen Zwischenlagern in der Nachbarschaft müssen einige Gemeinden bereits jetzt leben. So wie in Lingen im Emsland, nahe dem dortigen abgeschalteten Kernkraftwerk, oder auch in Grohnde in der Gemeinde Emmerthal im Landkreis Hameln-Pyrmont.

Frühere AKW-Gemeinde Grohnde hält Lager für sicher

Angst vor der Strahlung habe man hier nicht, erklärt Grohndes Bürgermeister

Lothar Hahlbrock (parteilos). Bis 2021 war das Atomkraftwerk in dem Ort noch in Betrieb, der Umgang mit der Kernkraft ist hier nichts Abstraktes. Hahlbrock sagt: „Wenn man ehemalige Beschäftigte kennt, weiß man, wie sicher das alles ist.“ Katastrophen wie 2011 im japanischen Fukushima habe es in Grohnde wegen der hohen Sicherheitsvorkehrungen nie gegeben. Und auf eine hohe Sicherheit vertraue er auch bei einem Endlager – besonders jetzt, wo die technische Entwicklung noch weiter vorangeschritten sei.

Sind die Sorgen der Gemeinden, die das Endlager irgendwann bekommen könnten, also übertrieben? „Mit der Zeit setzte hier die Gelassenheit ein“, berichtet Dominik Petters (SPD), Gemeindevorsteher in Emmerthal. Doch er hat auch Verständnis für die Lage der möglicherweise von einem Endlager betroffenen Kommunen. „Am Ende“, so Petters, „ist der einzige Weg, aus einer wissenschaftlichen Perspektive heraus draufzuschauen, und so zu sehen, was der bestmögliche Standort ist.“

Das Leben mit den Castoren in der Nachbarschaft müsse nachweislich sicher sein, betont Petters. Doch auch er räumt ein, dass er froh sein werde, wenn das Zwischenlager Grohnde irgendwann einmal Geschichte ist. Wenn alle Container mit Strahlungsmüll die Region verlassen haben, um für immer in einem Endlager zu verschwinden. Und er fügt hinzu: „Falls ich das überhaupt noch erleben werde.“

Wörter: 1.158
Autor/-in: Hannah Grützner
Rubrik: Der Norden
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe 3.101.655

Weblink: <https://www.cz.de/der-norden/wohin-mit-dem-atommuell-in-niedersachsen-gemeinden-haben-angst-vor-dem-endlager-MQSGJ4WMV5FSXKKIPPMJZADXXQ.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

Umweltministerium: Minireaktoren keine Option

Berlin (energate) - Die Lücke zwischen Hype und industrieller Realität um Atomenergie wird immer größer. Dies betrifft besonders die kleineren Atomreaktoren, Small Modular Reactors (SMR). Zu diesem Schluss kommt der World Nuclear Industry Status Report, der unter anderem von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben wurde. Laut der Studie bleibt Nuklearenergie auf dem weltweiten Markt "irrelevant", denn den 5,4 GW Zuwachs an nuklearer Kapazität stehen das 100-fache von über 565 GW kombinierter neuer Kapazität an Wind- und Solarenergie gegenüber. Die Wind- und Solaranlagen weltweit erzeugten aktuell 70 Prozent mehr Elektrizität als Atomreaktoren. Für Small Module Reactors (SMR) gibt es zudem laut dem Report noch kein marktreifes Produkt, sondern bislang nur eine Design-Zertifizierung und ein genehmigtes Standard-Design. Beide kommen vom US-amerikanischen Unternehmen NuScale. Insgesamt hat die US Nuclear Regulatory Commission bereits drei Modelle des Unternehmens genehmigt, allerdings wurden bisherige Verträge mit möglichen Kunden aufgrund erhöhten Kosten wieder aufgekündigt. Ein erster Mini-Reaktor war 2023 gescheitert. Laut der Studie sind die zwei größten europäischen Start-ups Newcleo und Naarea in finanziellen Schwierigkeiten, das französische Start-up Naarea hat bereits die Insolvenz angemeldet. Das Start-up soll nun durch die polnisch-luxemburgische Unterneh-

mensgruppe Eneris übernommen werden. Niederlande und Frankreich setzen weiter auf Atomkraft. Trotz dieser Fehlschläge halten andere Länder an der Atomenergie fest. In den Niederlanden läuft bereits seit mehreren Jahren eine Debatte über die Nutzung von SMR, die als Maßnahme zum Erreichen der Klimaziele 2030 angesehen wird. Zudem unterschrieb das niederländische Unternehmen Mammoet Ende 2025 ein Memorandum of Understanding mit Electricité de France (EDF), welches den Aufbau nuklearer Anlagen in den Niederlanden vorsieht. Schon 2022 wurden zwei Atomkraftwerke geplant, mit dem Kernkraftwerk Borssele ist zudem ein Kernkraftwerk in Betrieb.

Debatte in Deutschland hält an. Obwohl Deutschland aus der Atomenergie ausgestiegen ist, hält die Debatte über deren Nutzen an. Im Rahmen der Vorstellung des World Nuclear Industry Status Report sprach auch die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter. Auf Nachfrage von energate erklärte ein Sprecher des Bundesumweltministeriums, dass Deutschland "aus guten Gründen" aus der Atomkraftnutzung ausgestiegen sei. Die Risiken für die Atomenergie und auch für die Nutzung von SMR blieben "letztlich unbeherrschbar". Außerdem werfe die Entwicklung und der Bau der kleineren Reaktoren viele weitere ungelöste Fragen auf. Auch für die Sicherheitsversprechen gebe es bislang keine belastbaren Belege. Damit würden die Nachteile der atomaren Energie von einigen großen Anlagen auf viele kleine umge-

legt. Letztendlich würden "zwar die einzelnen Anlagen kleiner, die Probleme in der Summe aber eher größer". Zudem verwies der Sprecher auf eine Studie des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, über die auch energate bereits berichtete. Laut dem Gutachten würden die Vorteile einer Serienproduktion von SMR erst mit einem Produktionsvolumen von circa 3.000 Stück die grundsätzlichen Kostenvorteile gegenüber großen Reaktoren überwiegen. Anders sieht das die Unionsfraktion. Ende 2024 veröffentlichten CDU und CSU ein Positionspapier, in dem sie die Forschung und Entwicklung von Kernkraftwerken, aber auch von SMR, befürworteten. Auch CSU-Vorsitzender Markus Söder sprach sich Ende 2025 in einem Interview mit der Welt für die Nutzung von SMR aus. 127 verschiedene Designs weltweit. Der Report hält fest, dass vor allem die kontinuierliche finanzielle und politische Unterstützung für SMR den Glauben an diese am Leben hält. Vor allem private Kapitalzugaben spielten eine immer größere Rolle, um die Forschung und Entwicklung voranzutreiben. Es gebe 127 verschiedene SMR-Designs, die Fördersummen sind daher weit gestreut. Damit haben die meisten Designs nicht genügend finanzielle Ressourcen, um die Entwicklung voranzutreiben. Selbst das US-amerikanische Start-up NuScale sei laut dem Report noch Jahre davon entfernt, den ersten Small Module Reactor zu bauen, obwohl schon mehrere Designs genehmigt wurden. /lw

Wörter: 594
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Newsletter
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe

Weblink: <https://www.energate-messenger.de/news/259505/>